

ALLGEMEINE LIEFERUNGS- UND ZAHLUNGSBEDINGUNGEN (ALZB)

1. Geltungsbereich

- 1.1. Diese Allgemeinen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen (ALZB) finden für unsere sämtlichen Lieferungen ausschließlich Anwendung.
- 1.2. Abweichende oder in diesen ALZB nicht enthaltene Bedingungen des Bestellers werden nicht anerkannt, es sei denn, wir haben in Textform ihrer Geltung ausdrücklich zugestimmt. Diese ALZB gelten auch dann, wenn wir in Kenntnis entgegenstehender oder von unseren ALZB abweichende Geschäftsbedingungen des Bestellers, die Lieferung vorbehaltlos ausführen. Gegenbestätigungen des Bestellers unter Hinweis auf seine Geschäfts- bzw. Einkaufsbedingungen wird hiermit widersprochen.
- 1.3. Werden zwischen uns und dem Besteller von einzelnen Bedingungen dieser ALZB abweichende Regelungen vereinbart, wird hiervon die Gültigkeit der übrigen Regelungen dieser ALZB nicht berührt.
- 1.4. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten nur gegenüber Bestellern, die bei Abschluss des Vertrages in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit handeln, sowie gegenüber juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen.

2. Angebot und Abschluss

- 2.1. Unsere Angebote sind freibleibend. Der Vertrag über eine Lieferung kommt mit unserer Auftragsbestätigung in Textform (z.B. EDI, schriftlich oder per E-Mail) zu stande.

- 2.2. Alle weiteren Vereinbarungen, die zwischen uns und dem Besteller zwecks Ausführung von Aufträgen getroffen werden, sind in Textform festzulegen.

3. Beschaffenheit der Leistung; Teil-, Mehr- und Minderlieferungen

- 3.1. Sofern eine Beschaffenheitsvereinbarung vorliegt, ist diese abschließend und geht den objektiven Anforderungen in § 434 Abs. 3 BGB vor.
- 3.2. Für die Beschaffenheit der Erzeugnisse gelten, soweit nichts anderes vereinbart ist, die ISO-, EN- oder DIN-Normen. Für den Verwendungszweck vertretbare Abweichungen von Maßen und Gewichten und sonstigen technischen Werten berechtigen nicht zu Beanstandungen.
- 3.3. Wir sind zu Teillieferungen berechtigt, sofern und soweit dies für den Besteller zumutbar ist und er ein objektives Interesse an der Teillieferung hat.
- 3.4. Wir behalten uns Mehr- oder Minderlieferungen hinsichtlich Gewicht, Stückzahl oder Fläche von bis zu 10 %, und zwar sowohl bezüglich der Gesamtabschlussmenge als auch bezüglich jeder einzelnen Teillieferung ausdrücklich vor.

4. Sonderregelungen

- 4.1. Bei Rahmenverträgen oder Verträgen, die Metalleindeckungen erfordern, können wir ab drei Monaten nach Auftragsbestätigung noch fehlende verbindliche Einteilungen (z. B. für Einzelabrufe genaue Liefermengen, Lieferzeitpunkte, Abmessungen und Qualitätsmerkmale) verlangen. Kommt der Besteller diesem Verlangen nicht innerhalb drei Wochen nach, sind wir berechtigt, eine zweiwöchige Nachfrist zu setzen und nach deren Ablauf vom Verträge zurückzutreten und unter Ablehnung der Lieferung Schadensersatz zu fordern.
- 4.2. Wünscht der Besteller, dass bestimmte über den üblichen Stand der Technik hinaus gehende oder für bestimmte Verwendungszwecke erforderliche Prüfungen von uns durchgeführt werden, so sind Art und Umfang der Prüfungen spätestens bei Vertragsabschluss zu vereinbaren. Geschieht dies nicht, gehen die Kosten der Prüfungen zu Lasten des Bestellers.

5. Lieferfristen und Verzug

- 5.1. Lieferfristen, -zeiten und/oder -termine (nachfolgend „Lieferzeitpunkt“) werden individuell ausdrücklich vereinbart bzw. von uns in der Auftragsbestätigung ausdrücklich als verbindlich angegeben. In allen anderen Fällen sind Angaben über den Lieferzeitpunkt unverbindlich.
- 5.2. Erfüllt der Besteller vertragliche Pflichten – auch Mitwirkungs- oder Nebenpflichten – nicht rechtzeitig, sind wir berechtigt, unsere Lieferfristen und -termine unbeschadet unserer Rechte aus Verzug entsprechend den Bedürfnissen unseres Produktionslaufes angemessen hinauszuschieben und Ersatz des uns entstandenen Schadens, einschließlich etwaiger Mehraufwendungen, zu verlangen.
- 5.3. Auch bei Terminvereinbarungen geraten wir nur durch schriftliche Mahnung in Verzug, es sei denn, wir haben einer Bindungswirkung der Terminvereinbarungen ausdrücklich zugestimmt. Im Falle des Verzuges hat der Besteller auf unser Verlangen innerhalb angemessener Frist mitzuteilen, ob er vom Vertrag zurücktritt oder auf der Lieferung besteht.
- 5.4. Sofern wir einen verbindlichen Lieferzeitpunkt aus Gründen, die wir nicht zu vertreten haben, nicht einhalten können (Nichtverfügbarkeit der Leistung), werden wir den Besteller hierüber unverzüglich informieren und gleichzeitig den voraussichtlichen neuen Lieferzeitpunkt mitteilen. Ist die Leistung auch zum neuen Lieferzeitpunkt ebenfalls aus Gründen, die wir nicht zu vertreten haben, nicht verfügbar, sind wir berechtigt, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten; eine bereits erbrachte Gegenleistung des Bestellers werden wir unverzüglich erstatten. Als Fall der Nichtverfügbarkeit der Leistung in diesem Sinne gilt insbesondere Höhere Gewalt (Ziff. 6) und die nicht rechtzeitige Selbstbelieferung durch unseren Zulieferer.
- 5.5. Geraten wir infolge einfacher Fahrlässigkeit mit der Lieferung in Verzug, ist unsere Haftung für den Schadenersatz wegen der Lieferverzögerung für jede vollendete Woche des Verzugs auf 0,5% des Auftragswertes netto, maximal jedoch auf 5% des Auftragswertes netto, begrenzt. Macht der Besteller in den genannten Fällen Schadenersatz statt der Lieferung geltend, ist dieser Schadenersatzanspruch auf 10 % des Auftragswertes netto der Höhe nach begrenzt. Die Haftungsbegrenzungen nach den vorstehenden Sätzen 1 und 2 gelten nicht bei einem Verzug infolge Vorsatzes oder groben Verschuldens, ferner nicht bei einer Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei einem Fixgeschäft, wenn also das Geschäft mit der Einhaltung der fest bestimmten Leistungszeit stehen oder fallen soll. Im Übrigen gelten unten die Ziffern 13.3 und 13.4 (Haftung) entsprechend.

6. Höhere Gewalt

- 6.1. Höhere Gewalt“ bedeutet das Eintreten eines Ereignisses oder Umstandes das eine Partei daran hindert, eine Vertragspflicht zu erfüllen, wenn und soweit die von der Behinderung betroffene Partei (nachfolgend „die betroffene Partei“) nachweist, (a) dass ein solches Hindernis außerhalb ihrer zumutbaren Kontrolle liegt und (b) dass die Auswirkungen des Hindernisses von der betroffenen Partei vernünftigerweise nicht hätte vermieden oder überwunden werden können. Als Hindernis im Sinne von lit. (a) gelten u.a. Kriege, Bürgerkriege, Aufstände, Terrorakte, Piraterie, Währungs- und Handelsbeschränkungen, Embargos, Sanktionen, behördlichen Maßnahmen und Anordnungen, Enteignungen, Streiks, Aussperrungen, Lieferengpässe und Materialknappheit, insbesondere Energie- und Rohstoffmangel, Epidemien, Pandemien, Naturereignisse, Feuer, es sei denn die nicht betroffene Partei beweist das Gegenteil
- 6.2. Erfüllt eine Partei ihre Vertragspflicht aufgrund des Versäumnisses eines Dritten, den sie mit der Erfüllung des gesamten Vertrags oder eines Teils des Vertrags beauftragt hat (einschließlich Vorlieferanten), nicht, so kann sich die Partei auf höhere

Gewalt nur insoweit berufen als die Voraussetzungen nach Ziff. 6.1 sowohl für die betroffene Partei als auch für den Dritten gegeben sind.

- 6.3. Soweit Ziff. 6.1 oder 6.2 erfüllt ist, ist die betroffene Partei von der Vertragspflicht und von einer etwaigen Haftung wegen ihrer Verletzung ab dem Zeitpunkt, zu dem das Hindernis die Unfähigkeit zur Leistung verursacht, und in dem Umfang, in dem das Hindernis die Leistung verhindert, befreit, vorausgesetzt, dass sie dies der anderen Partei unverzüglich mitteilt. Erfolgt die Mitteilung nicht unverzüglich, so wird die Befreiung erst von dem Zeitpunkt an wirksam, zu dem die Mitteilung der anderen Partei zugeht. Die andere Partei kann die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, falls zutreffend, ab dem Zeitpunkt des Empfangs der r Mitteilung aussetzen.

- 6.4. Ist die Wirkung des geltend gemachten Hindernisses oder Ereignisses vorübergehend, so gilt Ziff. 6.3 nur so lange, wie das geltend gemachte Hindernis die Erfüllung der Vertragspflicht durch die betroffene Partei verhindert. Die betroffene Partei muss die andere Vertragspartei benachrichtigen, sobald das betreffende Hindernis nicht mehr besteht.

- 6.5. Die betroffene Partei ist verpflichtet, die höhere Gewalt soweit möglich zu beheben und in ihren Auswirkungen soweit wie möglich zu beschränken.

- 6.6. Soweit die Höhere Gewalt länger als drei Monate dauert, werden die Parteien unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Interessen eine Änderung oder Auflösung des betroffenen Vertrags verhandeln. Wenn die Parteien innerhalb von 8 Wochen keine angemessene Einigung erzielen, ist jede Partei zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt; Schadensersatzansprüche aufgrund des Rücktritts sind ausgeschlossen.

7. Lieferung, Gefahrübergang und Verpackung

- 7.1. Sofern nichts anderes vereinbart, erfolgen Lieferung und Gefahrenübergang „FCA“ (INCOTERMS 2020). Für die Einhaltung der vereinbarten Lieferfristen und Termine ist der Zeitpunkt der Mitteilung der Versandbereitschaft der Ware im Lieferwerk maßgebend.

- 7.2. Soweit nicht anders vereinbart, sind unsere Mehrweg-Transportverpackungen unverzüglich nach Entleerung frachtfrei in ordnungsgemäßen Zustand an das Lieferwerk zurückzusenden. Geschieht das nicht, können wir den Besteller mit den Wiederbeschaffungskosten belasten. Die Mehrweg-Transportverpackung ist sachgerecht zu lagern.

8. Annahmeverzug

- 8.1. Kommt der Besteller in Annahmeverzug, unterlässt er eine Mitwirkungshandlung oder verzögert sich die Lieferung aus anderen, vom Besteller zu vertretenden Gründen, insbesondere auf Verlangen des Bestellers, so geht die Gefahr ab dem Tag der Meldung der Versandbereitschaft auf den Besteller über; jedoch sind wir verpflichtet, auf Wunsch und Kosten des Bestellers die Versicherung zu bewirken, die dieser verlangt. Die Zahlungsverpflichtungen des Bestellers bleiben hiervon unberührt.

- 8.2. Im Fall von Ziff.8.1 sind wir zudem berechtigt, Ersatz des hieraus entstehenden Schadens einschließlich Mehraufwendungen (z.B. Lagerkosten) zu verlangen. Hierfür berechnen wir bei Einlagerung auf eigenem Gelände beginnend mit Ablauf des Lieferzeitpunkts bzw. – mangels eines Lieferzeitpunkts – mit der Mitteilung der Versandbereitschaft der Ware ortsübliche Lagerkosten; anderenfalls die angefallenen Lagerkosten des Einlagere. Die gesetzlichen Ansprüche (insbesondere Ersatz von Schäden, anderen Mehraufwendungen, angemessene Entschädigung, Kündigung) bleiben unberührt.

9. Preise und Zahlung

- 9.1. Vorbehaltlich einer abweichenden in Textform gehen sämtliche Nebenkosten, wie Verpackung, Fracht, Versicherung, Zölle, Abgaben und Gebühren aller Art, zu Lasten des Bestellers. Die Mehrwertsteuer ist in unseren Preisen nicht eingeschlossen; sie wird in der Rechnung gesondert ausgewiesen.
- 9.2. Bei Aufträgen, die später als vier Monate nach Vertragsabschluss ausgeführt werden, behalten wir uns vor bei unvorhergesehenen und wesentlichen Veränderungen der Herstellungskosten (z.B. Material-, Energie- und Personalkosten, Transportkosten und öffentliche Abgaben), die Preise für noch nicht ausgeführte Lieferungen entsprechend anzupassen.

10. Eigentumsvorbehalt

- 10.1. Für den Fall, dass Barzahlung oder Vorkasse vereinbart ist, geht das Eigentum bereits mit der Lieferung vollständig auf den Besteller über.
- 10.2. Soweit ein Eigentumsvorbehalt nach nachstehenden Regelungen am Bestimmungsort der Lieferung nicht besteht, hat der Besteller uns ein anderes funktionell äquivalentes Sicherungsmittel (z.B. Akkreditiv oder Bankbürgschaft) zu stellen.
- 10.3. Soweit ein Eigentumsvorbehalt am Bestimmungsort der Lieferung besteht, behalten wir uns das Eigentum an den von uns gelieferten Waren (Vorbehaltsware) zur Sicherung aller Ansprüche vor, die uns aus der gegenwärtigen und künftigen Geschäftsverbindung gegen den Besteller zustehen, auch wenn die konkrete Ware bezahlt wurde.
- 10.4. Der Besteller wird den Besitz der Vorbehaltsware für uns als Verwahrer mit kaufmännischer Sorgfalt ausüben. Er wird alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um sicher zu stellen, dass der Eigentumsvorbehalt weder beeinträchtigt noch aufgehoben wird. Der Besteller stellt uns auf Anfrage zu jeder Zeit Informationen über die Vorbehaltsware zur Verfügung. Alle Maßnahmen Dritter gegen oder in Bezug auf die Vorbehaltsware oder auf Forderungen, die uns gemäß unter Ziff.10.6 zustehen, müssen uns unverzüglich mitgeteilt werden und alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten für Maßnahmen, die zur Beseitigung der Maßnahmen Dritter und für die Wiedererlangung der Vorbehaltsware erforderlich sind, trägt der Besteller, soweit Ersatz für diese Kosten nicht von dem Dritten erlangt werden kann.

- 10.5. Der Besteller versichert die Vorbehaltsware gegen Diebstahl, Einbruch, Feuer, Wasser und andere Naturkatastrophen sowie andere Schäden. Soweit der Besteller nicht für solche Versicherungen Sorge trägt, sind wir berechtigt, auf Kosten des Bestellers eine entsprechende Versicherung abzuschließen.

- 10.6. Die nachstehenden Ziff.10.6.1 bis 10.6.4 gelten nur für Bestimmungsorte in Deutschland, Österreich und den Niederlanden.

- 10.6.1 Der Besteller ist berechtigt, die Vorbehaltsware im Rahmen seines gewöhnlichen Geschäftsablaufs zu verarbeiten, zu verbinden, zu vermischen und zu verkaufen, es sei denn, wir widerrufen diese Erlaubnis. Der Besteller darf keine anderweitigen Verfügungen über die Vorbehaltsware treffen, die unsere Rechte beeinträchtigen, insbesondere darf er sie nicht verpfänden oder zur Sicherung weiter übertragen.

- 10.6.2 Eine etwaige Be- oder Verarbeitung nimmt der Besteller für uns vor, ohne dass für uns daraus Verpflichtungen entstehen. Unser Eigentum erstreckt sich auf die durch Verarbeitung der Vorbehaltsware entstehenden neuen Erzeugnisse. Bei einer Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung mit uns nicht gehörenden Sachen erwerben wir Miteigentum im Verhältnis des Rechnungswerts unserer Vorbehaltsware zu dem der anderen Materialien. Im Übrigen gelten für die neuen Erzeugnisse oder vermischten Materialien dieselben Regelungen, die für die Vorbehaltsware gelten

- 10.6.3 Zur Sicherung unserer gesicherten Ansprüche gem. Ziff.10.3 tritt der Besteller schon jetzt alle Ansprüche und Forderungen aus dem Verkauf der Vorbehaltsware

oder aus einem anderen Rechtsgrund bezogen auf die Vorbehaltsware, inklusive Wechsel und Schecks, in voller Höhe an uns ab. Wir nehmen diese Abtretung hiermit an. Die Abtretung umfasst ebenfalls jede Saldoforderung, die sich aus einem Kontokorrentverhältnis zwischen dem Besteller und dem Käufer der Erzeugnisse ergibt. Der Besteller ist berechtigt, alle abgetretenen Forderungen einzuziehen, bis wir diese Berechtigung widerrufen. Bei der Veräußerung von Waren, an denen wir gemäß Ziff. 10.6.1 und 10.6.2 Miteigentum haben, beschränkt sich die Abtretung auf den Forderungsanteil, der unserem Miteigentumsanteil entspricht.

10.6.4 Wir werden unsere Widerrufsrechte nach dieser Ziff. 10.6 nur ausüben, wenn sich der Besteller in Zahlungsverzug befindet, seine Zahlungen einstellt, Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellt oder wenn begründete Anhaltspunkte für eine Überschuldung oder eine drohende Zahlungsunfähigkeit des Bestellers bestehen.

10.7. Bei Zahlungsverzug, Zahlungseinstellung, Stellung des Antrags auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Vorliegen begründeter Anhaltspunkte für eine Überschuldung oder eine drohende Zahlungsunfähigkeit des Bestellers hat der Besteller auf unser Verlangen die gemäß Ziff. 10.6.3 erfolgte Abtretung seinen Abnehmern mitzuteilen und uns alle erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Sicherung unserer Rechte erforderlich sind. Insbesondere sind uns Zugriffe der Gläubiger auf die Vorbehaltsware bzw. auf die an uns gemäß Ziff. 10.6.3 abgetretenen Forderungen sowie alle anderen Maßnahmen gegen oder in Bezug auf die Vorbehaltsware oder die gemäß Ziff. 10.6.3 an uns abgetretenen Forderungen sofort mitzuteilen und uns alle für die Geltendmachung unserer Rechte erforderlichen Unterlagen unverzüglich zur Verfügung zu stellen. Die für die Beseitigung einer solchen Beschlagnahme oder anderer - auch gerichtlicher - Maßnahmen sowie für die Wiederbeschaffung der Vorbehaltsware notwendigen Kosten trägt der Besteller, soweit ein Ersatz für diese Kosten nicht vom Gläubiger erlangt werden kann.

10.8. Wir verpflichten uns, die uns zustehenden Sicherheiten auf Verlangen des Bestellers insoweit freizugeben, als der realisierbare Wert der Sicherheiten die zu sichernden Forderungen nicht nur vorübergehend um mehr als 10% übersteigt. Die vorstehend genannte Deckungsgrenze von 110% erhöht sich, soweit wir bei der Verwertung des Sicherungsgutes mit Umsatzsteuer belastet werden, die durch eine umsatzsteuerliche Lieferung des Bestellers an uns entsteht, um diesen Umsatzsteuerbetrag. Der Besteller ist außerdem berechtigt, Freigabe von Sicherheiten zu verlangen, wenn der Schätzwert der zur Sicherheit übereigneten Waren mehr als 150% der zu sichernden Forderungen beträgt. Die Auswahl der freizugebenden Sicherheiten obliegt uns.

11. Pfandrecht an Beistellungen

Der Besteller räumt uns, soweit er uns Material überlassen hat, am Material und an den an dessen Stelle tretenden Ansprüchen ein Pfandrecht zur Sicherung aller gegenwärtigen und künftigen Ansprüche aus der Geschäftsverbindung mit ihm ein. Gerät der Besteller in Zahlungsverzug oder Kreditverfall, sind wir berechtigt, das Pfandmaterial zum Börsenkurswert (Notierung der Londoner Metallbörse), bei Nichtnotierung zum durchschnittlichen deutschen Marktpreis, am Tage des Zahlungsverzuges oder des Kreditverfalls beliebig zu verwerten.

12. Mängelrüge, Rechte bei Sachmängeln, Verjährung

12.1. Der Besteller hat erkennbare Mängel jeglicher Art sofort, spätestens nach Ablauf von acht Werktagen (der Samstag zählt nicht als Werktag) ab Erhalt der Ware, in Textform zu rügen; ansonsten gilt die Ware als genehmigt. Verborgene Mängel sind sofort, spätestens nach Ablauf von acht Werktagen (der Samstag zählt nicht als Werktag) ab Entdeckung, in Textform zu rügen; ansonsten gilt die Ware auch in Ansehung dieser Mängel als genehmigt.

12.2. Beim Lieferantenregress in der Lieferkette bei Endlieferung der Ware an einen Verbraucher gelten stets die zwingenden gesetzlichen Regelungen, jedoch nur insoweit, als der Besteller mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat. Solche Ansprüche sind ausgeschlossen, wenn die mangelhafte Ware durch den Besteller oder einen anderen Unternehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, in eine neue bewegliche Sache weiterverarbeitet wurde.

12.3. Soweit die gelieferte Sache einen Mangel aufweist, können wir nach unserer Wahl die Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder die Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) verlangen. Werden mangelhafte Sachen durch uns ersetzt, erwerben wir das Eigentum an den ersetzten Teilen.

12.4. Sind wir zur Nachbesserung/Ersatzlieferung nicht bereit oder nicht in der Lage, insbesondere verzögert sich diese über angemessene Fristen hinaus aus Gründen, die wir zu vertreten haben, oder schlägt in sonstiger Weise die Nachbesserung/Ersatzlieferung fehl, so ist der Besteller, sofern weitere Nacherfüllungsversuche für ihn unzumutbar sind, nach seiner Wahl berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten oder den Kaufpreis zu mindern.

12.5. Für Schäden, die durch Mängel des Liefergegenstandes anderweitig verursacht werden, haften wir nur in den in unten Ziff. 13 genannten Grenzen.

12.6. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt grundsätzlich ein Jahr. Bei einer von uns zu vertretende Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie in den Fällen des Vorsatzes und der groben Fahrlässigkeit beträgt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche zwei Jahre. Bei Waren, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet wurden und dessen Mangelhaftigkeit verursacht haben, beträgt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche fünf Jahre. In der Lieferkette bei Endlieferung der Ware an einen Verbraucher finden die gesetzlichen Verjährungsfristen Anwendung.

13. Haftung

13.1. Wir haften entsprechend den gesetzlichen Vorschriften bei Haftung nach dem Produkthaftungsgesetzes sowie beim Lieferantenregress in der Lieferkette bei Endlieferung der Ware an einen Verbraucher.

13.2. Ferner haften wir für Schäden in den Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit, der Übernahme einer Garantie sowie bei einer von uns zu vertretenden Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit nach den gesetzlichen Bestimmungen. Verletzen wir im Übrigen mit einfacher Fahrlässigkeit eine vertragswesentliche Pflicht oder eine Kardinalspflicht (d. h. Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages erst ermöglichen oder auf deren Einhaltung der Besteller regelmäßig vertrauen darf sowie Pflichten, bei deren Verletzung die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet ist), so ist unsere Ersatzpflicht auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt.

13.3. In allen anderen Fällen der Haftung sind Schadensersatzansprüche wegen der Verletzung einer Pflicht aus dem Schuldverhältnis sowie wegen unerlaubter Handlung ausgeschlossen, sodass wir insoweit insbesondere nicht für Folgeschäden sowie Mehraufwendungen, entgangenen Gewinn oder sonstige Vermögensschäden des Bestellers haften.

13.4. Soweit unsere Haftung aufgrund der vorstehenden Bestimmungen ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung unserer Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen.

14. Warenzeichen, Schutzrechte, Herkunftszeichen, Werkzeuge

14.1. Ohne unsere schriftliche Zustimmung dürfen die an unseren Waren angebrachten Herkunfts- oder Kennzeichen weder verändert noch entfernt werden.

14.2. Warenzeichen bzw. Marken, unter denen unsere Waren geliefert werden, dürfen vom Besteller ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung weder für die daraus hergestellten Erzeugnisse noch für sonstige eigene Zwecke (insbesondere Werbezwecke) benutzt werden.

14.3. An Mustern, Abbildungen, Zeichnungen und sonstigen Unterlagen sowie an Werkzeugen, zu denen auch etwa Prägestempel, Druckwalzen oder Kokillen gehören, behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Dies gilt auch, wenn Kostenanteile für derartige Gegenstände vom Besteller vergütet werden.

14.4. Erfolgt eine Fertigung bzw. Lieferung nach Zeichnungen oder sonstigen Angaben des Bestellers und werden hierdurch Schutzrechte verletzt, so stellt uns der Besteller von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei.

14.5. Wir sind berechtigt, in unserem Eigentum stehende Werkzeuge, Druckzylinder, Skizzen, Entwürfe und sonstige Hilfsmittel drei Jahre nach der letzten Verwendung zu vernichten.

15. Abtretung

Wir sind berechtigt, unsere Rechte aus diesem Vertrag an Dritte abzutreten.

16. Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht des Bestellers

16.1. Der Besteller kann nur mit Forderungen aufrechnen, wenn diese Forderungen des Bestellers aus demselben Vertragsverhältnis stammen wie unserer Hauptforderung, unbestritten, rechtskräftig festgestellt oder von uns anerkannt sind. In allen anderen Fällen ist die Aufrechnung durch den Besteller ausgeschlossen.

16.2. Der Besteller hat nur dann ein Zurückbehaltungsrecht oder ein Leistungsverweigerungsrecht, wenn sich ein solches Recht aus einer Forderung des Bestellers ergibt, die aus demselben Vertragsverhältnis stammt. In allen anderen Fällen ist ein Zurückbehaltungsrecht oder Leistungsverweigerungsrecht des Bestellers ausgeschlossen.

17. Vermögens- und Bonitätsverschlechterung

17.1. Wenn beim Besteller nach Vertragsschluss eine Vermögensverschlechterung eintritt, sind wir berechtigt, noch ausstehende Lieferungen und Leistungen nur gegen Sicherheitsleistung auszuführen. Wenn der Besteller nicht in der Lage ist, innerhalb angemessener Frist die geforderte Sicherheit zu stellen, sind wir zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt.

17.2. Das Gleiche gilt, wenn uns nach Vertragsschluss Tatsachen bekannt werden, die begründete Zweifel an der Zahlungsfähigkeit oder Kreditwürdigkeit des Bestellers entstehen lassen, es sei denn, der Besteller kann nachweisen, dass uns diese Tatsachen schon bei Abschluss des Vertrages bekannt waren oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt hätten bekannt sein müssen.

17.3. In den vorstehenden Fällen sind wir berechtigt, Zahlungen des Bestellers trotz anders lautender Zahlungsanweisung zunächst auf die jüngsten Forderungen anzurechnen, und verzichten mit Anrechnung bei der zugehörigen Vorbehaltsware auf den erweiterten und/oder verlängerten Eigentumsvorbehalt. Wir werden den Besteller hierüber informieren und tragen den Zinsnachteil.

17.4. Ferner sind wir in den vorstehenden Fällen berechtigt, aufgrund des in Ziff. 10 vereinbarten Eigentumsvorbehaltes die Weiterverarbeitung und Weiterveräußerung der gelieferten Ware zu untersagen und die Einziehungsermächtigung gemäß Ziff. 10.6.3 zu widerrufen.

18. Erfüllungsort, Gerichtsstand, Anzuwendendes Recht

18.1. Erfüllungsort ist der Ort unseres Lieferwerks.

18.2. Sofern der Besteller Vollkaufmann ist, ist unser im Handelsregister eingetragener Sitz der alleinige Gerichtsstand. Wir sind jedoch berechtigt, unsere Ansprüche auch am allgemeinen Gerichtsstand des Bestellers geltend zu machen.

18.3. Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des Kollisionsrechts. Ergänzend sind die INCOTERMS der Internationalen Handelskammer in Paris in der jeweils letzten Fassung anzuwenden.

18.4. Die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 wird ausgeschlossen.

Version März 2024